

Rechtsextremer Kampf an den Wahlurnen

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Februar 2005 kommt näher. Es handelt sich um die erste Wahl nach dem für die extreme Rechte erfolgreichen Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen. In Brandenburg zog die DVU zum zweiten Mal, nunmehr mit 6,1 % der Stimmen, in den Landtag ein, in Sachsen wählten fast zweihunderttausend Menschen – und damit 9,3 % – die NPD. Diese Erfolge beruhen unter anderem auf Wahlabsprachen zwischen den beiden Parteiführungen. Die NPD verzichtete in Brandenburg, die DVU in Sachsen auf eine Kandidatur. Insbesondere die Sachsenwahl hat in der extremen Rechten zu einer enormen Dynamik geführt. In Bezug auf die kommenden Wahlen fühlen sich die Parteiführungen daher mit ihren Absprachen bestätigt. Wahlabsprachen gibt es auch bezüglich der Landtagswahl in Schleswig-Holstein: die DVU verzichtet zugunsten der NPD. Die REP hingegen treten lediglich mangels Masse nicht an.

Nach all den Streitigkeiten innerhalb der schleswig-holsteinischen NPD, insbesondere mit dem militanten, nationalsozialistischen Führungskreis um den ehemaligen Landesvorsitzenden Peter Borchert (vgl. *Gegenwind*-Ausgaben von September und November) erscheint es zumindest unwahrscheinlich, dass die Landespartei aus eigener Kraft ein Ergebnis über 5 % erreichen kann. Ihr fehlen im Gegensatz zu Sachsen oder Niedersachsen feste regionale und lokale Strukturen. Viele ältere

Parteimitglieder sind in den letzten Jahren aus der Partei ausgetreten.

Trotzdem bleibt festzuhalten, dass es auch in Schleswig-Holstein ein Wählerpotential jenseits der 5%-Hürde für Parteien der extremen Rechten gibt. Nicht vergessen ist der Einzug der DVU in den Kieler Landtag 1992. Zudem kann der Landesverband mit massiver Unterstützung aus Sachsen und Sachsen-Anhalt rechnen. In dieser Ausgabe des *Gegenwind* wollen wir daher mit der DVU und den inzwischen bedeutungslosen REP die beiden Parteien vorstellen, die in den vergangenen Jahren beim Kampf um die Wahlurnen eine Rolle spielten bzw. spielen wollten. Weiter wollen wir frühzeitig auf den kommenden Wahlkampf und sich die für aktive AntifaschistInnen hieraus ergebenden Fragen hinweisen. Wir hoffen, dass bereits frühzeitig eine Diskussion über gemeinsame antifaschistische Aktionen entsteht und nicht erst, wenn die Städte und Dörfer mit nazistischer Wahlwerbung zugekleistert sind.

Ganz aktuell wollen wir mit einem (auch in unserer Gruppe nicht ganz unumstrittenen) Beitrag zum Thema „Nazis und soziale Frage“ den Blick auf die Unzulänglichkeiten der antifaschistischen Bewegung richten.

Avanti – Projekt undogmatische Linke

2. Oktober Hamburg: Neonazis verteilen in mehreren Hamburger Stadtteilen mit Politikermasken verkleidet Flugblätter mit rassistischem und antisemitischen Inhalten unter dem Deckmantel von „Hartz

IV“-Kritik.

2. Oktober: In der Container-Fernsehsendung „Big Brother“ werden live über „Premiere“ Judenwitze und Scherze rassistischen Inhalts gesendet. Nach dem die SZ darüber berichtet, werden die beiden für die „Programmüberwachung“ zuständigen Redakteure entlassen.

5. Oktober Parchim (Mecklenburg-Vorpommern): Sage und schreibe fünf Jahre dauert es, bis der Prozess gegen eine Gruppe von neun Rechtsradikalen beginnt. Diesen wird vorgeworfen, am 10. Juli 1999 eine Gruppe Punks mit Flaschen und Steinen angegriffen zu haben. Die Anklage liegt bereits seit 2001 vor, einer der Angeklagten hatte allein im Jahr 2004 Gelegenheit, auf sechs Nazi-Aufmärschen in Mecklenburg-Vorpommern zu sprechen. Das Verfahren endet mit Bewährungsstrafen für die Nazis.

6. Oktober Hamburg: Endlich! Die Band „Die böhsen Onkelz“, die in ihrer Vergangenheit mit rechten Liedgut von sich reden machten, gaben in Hamburg ihr Abschiedskonzert. 12.000 Besucher gaben sich dem „Onkelz“-typischen Opferkult hin.

Viel Geld und blanker Rassismus

Derzeit spielt die DVU in Schleswig-Holstein eine untergeordnete Rolle im Spektrum der extremen Rechten; zwar trifft sich ein Teil der in Schleswig-Holstein etwa 50 Mitglieder starken Partei bei den wenigen noch existenten „Stammtischen“ der Kreisverbände, nach außen tritt die Partei jedoch kaum auf. Lediglich zu den partei-internen Weihnachtsfeiern, Landesparteitagen und zur zentralen jährlichen Veranstaltung im bayerischen Passau, wo einige tausend DVUlerInnen zusammenkommen, fahren Busse aus Schleswig-Holstein. Aufgrund der von Parteichef Frey herausgegebenen neofaschistischen Wochenzeitung „Deutsche Nationalzeitung“ und seines beträchtlichen Finanzvermögens ist für die Zukunft jedoch nicht ausgeschlossen, dass sie auch im Norden wieder eine bedeutendere Rolle spielen wird.

Unter Umständen wird es der Partei im kommenden schleswig-holsteinischen Wahlkampf sogar gelingen, aus ihrer momentanen Schwäche neue Bedeutung herzuleiten: nach dem Wahlsieg der NPD in Sachsen hat die Partei beschlossen, auf eine Kandidatur in Schleswig-Holstein zu Gunsten der Kandidatur der NPD zu verzichten. Partei-Konzern-Chef Frey, der seit der Sachsen-Wahl in engem Kontakt zur NPD-Führung steht, ist für Uneigennützigkeit nicht bekannt; es ist daher zu erwarten, dass entweder Frey Einfluss auf die NPD-Politik oder ein Kandidatur-Verzicht der NPD in DVU-Hochburgen wie Brandenburg und Bremerhaven versprochen wurde. Der erneute „Schulterschluss“ zwischen NPD und DVU sollte nicht als bloße Schwäche der DVU ver-

standen werden. Ihr Einfluss über Freys Medienkonzern auf eine große Zahl von Menschen kann sich schnell wieder in Wahlstimmen und Parteimitglieder umwandeln, sollte der momentane Höhenflug der NPD ein Ende nehmen. Insbesondere weil die NPD momentan stark auf das militante neonazistische Spektrum zielt, kann ihr die DVU, die stark für ein „seriöses“, und eher „spießiges“ Auftreten steht, das entsprechende Wählerspektrum sichern, soweit sie sich für eine Wahl der NPD ausspricht.

Erst wenige Jahre ist es her, dass im Landtag Schleswig-Holsteins Abgeordnete faschistischer Parteien saßen. Im Jahre 1992 hatte sich die „Deutsche Volksunion“ (DVU) des Münchner Multimillionärs Gerhard Frey erfolgreich an den Landtagswahlen beteiligt und konnte sechs Abgeordnete stellen. Die DVU hatte landesweit in großem Umfang rassistische und nationalistische Wahlwerbung verbreitet und konnte so von einem gesellschaftlichen Klima profitieren, das von den vermeintlich von Flüchtlingen ausgehenden Bedrohungsszenarien geprägt war, die zunächst die CDU/CSU, später auch die SPD massiv in der Öffentlichkeit verbreiteten. Einen Höhepunkt erreichte diese Politik mit der Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes, d.h. mit der faktischen Beseitigung des individuellen Rechts auf Asyl.

Die DVU, die in Schleswig-Holstein über einige Kreisverbände verfügt(e), machte im Landtag im Wesentlichen durch rassistische und nationalistische Reden, Kleine Anfragen, undurchsichtige Verwendung der beträchtlichen aus Steuermitteln bereitgestellten Finanzmittel und ihre Spaltung im Jahr 1993 von sich reden. Vier ihrer Abgeordneten verließen zeitweise die Partei und bildeten eine Landtagsfraktion der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH).



LÄDIERTE NAZI-WAHLPROPAGANDA IN KIEL (2002): DIE NPD TRITT ZU DEN LANDTAGSWAHLEN IM KOMMENDEN FEBRUAR AN, DIE DVU VERZICHTET NACH ABSPRACHEN ZWISCHEN DEN BEIDEN NAZI-PARTEIEN AUF EINE WAHLTEILNAHME.

Diese war auf Bundesebene Ende 1990 mit dem Ziel gegründet worden, die extreme Rechte in einer Wahlpartei zusammenzuführen; als gleichberechtigte Vorsitzende des im Frühsommer 1992 in Meldorf gegründeten Landesverbandes Schleswig-Holstein fungierten zunächst Klaus-Michael Gräf, Friedrich Riedel und Hans-Jürgen Sabrautzky. Ähnlich wie die DVU sorgte die DLVH im Landtag – an ihrer Spitze Ingo Stawitz (der im Wahlkampf 2005 an der Spitze der NPD-Landesliste stehen wird) – mit provokativem Auftreten für Schlagzeilen, z.B. mit einem antisemitischen Brief an die Jüdische Gemeinde im Mai 1995. Damals forderte der SPD-Politiker Börnsen ein Verbot der Partei; bereits im Februar 1994 war eine in Heide geplante öffentliche DLVH-Veranstaltung verboten worden. Mit dem internen Rundbrief „Die Nordlichter“, dessen erste Ausgabe im August 1993 erschien, und den in hoher Auflage verbreiteten Flugschriften „DLVH-direkt“ versuchte die Partei, sich in Schleswig-Holstein eine flächendeckende Basis zu verschaffen. In dieser Zeit entstanden die noch heute engen Verbindungen zwischen Ingo Stawitz, militanten Neonazis und der schleswig-holsteinischen NPD (vgl. den Artikel zur NPD in der November-Ausgabe des *Gegenwind*), bei dessen Versuch, diese Kräfte für die DLVH zu gewinnen. Zwar nahm die DLVH mit Unterstützung ihres Hamburger Landesverbandes an der Landtagswahl im Frühjahr 1996 teil, scheitert aber mit 0,2 % der abgegebenen Stimmen deutlich. Für die DLVH hat das schlechte Abschneiden in Schleswig-Holstein stark zur Entscheidung beigetragen, nicht mehr als Partei, sondern nur noch als Verein tätig zu sein. Damit entfiel auch die Teilnahme an Wahlen.

Die DVU hatte mehr als 2 Millionen Mark in den 1996er Wahlkampf gesteckt. Ihr Ziel: der Wiedereinzug in den schleswig-holsteinischen Landtag. Dafür tat sie einiges: Hunderte von Großplakatwänden warben für die „Liste 3“ der DVU; mit Lautsprecherwagen wurde die DVU-Hetze in die Stadtviertel getragen. Mehrere Postwurfsendungen hetzten gegen Flüchtlinge und mobilisierten nationalistischen Hass. Besonders widerlich: die DVU-Plakate an der Wand des von Neonazis in Mölln in Brand gesteckten Hauses und die Ausnutzung der Brandtragödie in Lübeck (DVU-Parole: „Ihr Protest gegen den Lübeck-Schwindel“). „Mehr Schutz für den Bürger durchsetzen“ hieß/heißt für die DVU Aufrüstung der Polizei und rassistische Schuldzuweisung an Flüchtlinge und MigrantInnen. Außer der Forderung nach Apartheid im Schulsystem („Entflechtung von Schulklassen nach Sprachgruppen“) fanden sich auch revanchistische Forderungen wie „Wiederbelebung der schleswig-holsteinischen Patenschaft für Ostpreußen; Partnerschaft mit Königsberg“ oder etwa „Hilfe des Landes, damit endlich auch eine schleswig-holsteinische Mannschaft in der Ersten Fußball-Bundesliga vertreten ist“.

Die DVU, die immerhin noch 257.000 Mark an Wahlkampfkostenrückerstattung kassierte, machte für das Wahlergebnis der Landtagswahl 1996, das knapp unter 5 % blieb, u.a. die DLVH („Dolchstoß-Aktion“) sowie das erstmalige Antreten der „Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein“ (WSH) verantwortlich. Schließlich jammerte die „Deutsche National-Zeitung“, die während des Wahlkampfes begeistert von „einstweiligen Verfügungen“ der DVU gegen AntifaschistInnen berichtet hatte: „Öffentlich angekündig-

CHRONIK

7. Oktober Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern):

Die CDU lehnt die Aufnahme einer sog. „Antifa-Klausel“, die besondere Ächtung der Verbreitung nationalsozialistischem Gedankengutes, in die Landesverfassung ab.

15. Oktober: Die DVU verzichtet zugunsten der NPD und tritt damit nicht zur Landtagswahl in Schleswig Holstein am 20.02.2005 an.

16. Oktober Boizenburg (Mecklenburg-Vorpommern):

Ein Nazi-Konzert, zu dem ca. 300 Personen angereist waren, wird kurzfristig durch die Polizei verboten. Es sollten unter anderem die Bands „Kampfhandlung“, „Nordfront“ und „Celtic Warrior“ spielen.

16. Oktober Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern):

Etwa 150 Neonazis marschieren durch Stralsund anlässlich des Jahrestages der alliierten Bombenangriffe auf die Stadt. Bei einer Rede des Stralsunder NPD-Abgeordneten Dirk Arendt soll dieser sich unter anderem für „Aufbau eines nationalsozialistischen Deutschlands“ ausgesprochen haben.

te rechte Veranstaltungen sind angesichts des ausufernden Terrors in Schleswig-Holstein ohnedies nicht möglich. Antifa- und Chaoten-Banden hatten ganz unverbrämt in ihren Organen und Flugblättern mitgeteilt, dass sie weiterhin DVU-Manifestationen jeder Art zerschlagen würden.“ Ein von der DVU eingeleiteter Widerspruch wegen angeblicher Wahlmanipulationen blieb erfolglos.

Nachdem die DVU bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg im Jahr 1997 trotz einer massiven nationalistischen und rassistischen Wahlkampagne nur ganz knapp an der 5%-Hürde gescheitert war, gelang ihr 1998 in Sachsen-Anhalt mit 12,9 % der Einzug in den Landtag mit 16 Abgeordneten. Auch dort kam es allerdings rasch zu Zerwürfnissen innerhalb der Fraktion und gegenüber dem in München residierenden Parteivorsitzenden, dessen Rücktritt als Bundesvorsitzender von einigen Abgeordneten gefordert wurde. Zur Landtagswahl im Jahr 2002 trat die sachsen-anhaltinische DVU in Folge dieser Streitigkeiten nicht mehr an. Die „Schill-Partei“, die sich angestellt hatte, die DVU hier zu beerben, scheiterte knapp an der 5%-Hürde.

In der DVU Schleswig-Holstein gab es 1999 Auseinandersetzungen um eine mögliche Kandidatur zur Landtagswahl im Frühjahr 2000. Im Herbst hatte man in der Münchner DVU-Parteizentrale beschlossen, nicht an den Wahlen teilzunehmen. Begründung: es bestehe die Gefahr, die Verschuldung der Partei noch zu erhöhen. Wichtige Funktionäre aus dem schleswig-holsteinischen Landesvorstand, wie z.B. der schleswig-holsteinische DVU-Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl 1998, Dr. Klaus Sojka, traten in Rundschriften an die Parteimitglieder dennoch für eine Kandidatur ein. Gegenseitig warf man sich daraufhin parteischädigendes Verhalten vor. Schließlich kam Sojka einem Parteiausschluss durch Austritt zuvor.

Um die eigenen Reihen fest hinter DVU-Chef Frey zu schließen, reiste dieser im Frühjahr 2000 durch die Lande. Im Norden trat er gleich doppelt auf. In über 20 Städten Schleswig-Holsteins machten die Busse Station, die die DVU-AnhängerInnen am 1. April kostenlos zum Veranstaltungsort nach Hausbruch im Süden Hamburgs karrten. An einzelnen Abfahrtsorten behinderten AntifaschistInnen diese Aktion. Auf dem Programm des DVU-Treffens stand vor allem die Selbstbeweihräucherung der DVU und ihres Vorsitzenden. Das Bundesvorstandsmitglied Hans Weidenbach sprach zum Thema „Die DVU steht hinter Dr. Frey und gegen Verrat“ und der Hamburger DVU-Landesvorsitzende Rudolf Reimers durfte über „die erfolgreiche DVU-Parlamentsarbeit in Hamburg“ berichten. Allerdings kam es während der Veranstaltung, an der ca. 300 Leute teilnahmen, zu Auseinandersetzungen mit etwa 30 Neonazis aus dem Umfeld des sog. „Aktionsbüro Norddeutschland“ (vgl. Artikel in der **Gegenwind**-Septemбераusgabe zu den „Freien Kameradschaften“). Die Neonazis verteilten ein Flugblatt gegen Frey, den sie in einer Erklärung als einen „der sattsam bekanntesten Vertreter dieser widerwärtigen Gattung“ von „feiste(n) Geschäftemacher(n) und machtgerigen(n) Funktionäre(n)“ bezeichneten, und wollten zudem in den Besitz des Rednermikrophons gelangen.

Der chaotische Ablauf der Veranstaltung veranlasste die DVU schließlich dazu, am 16. April noch einmal zu einer Versammlung mit Frey einzula-

den. Dieses Mal durfte der Bremerhavener DVU-Fraktionsvorsitzende Tittmann über das Thema „Die DVU steht hinter Dr. Frey und gegen Verrat“ schwadronieren. Wie üblich wurde die Veranstaltung von der DVU in ihrer Presse hochgejubelt; der DVU-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein Henftling wurde wiedergewählt. Die Propagandarundfahrt Freys konnte womöglich die Auflage und Abonnentenzahl für seine Publikationen sichern, den Niedergang der schleswig-holsteinischen DVU zumindest als Wahlalternative konnte er jedoch nicht aufhalten. Aktuell scheint der bereits geschwächte Landesverband sich erneut mit internen Problemen zu entzweien: der langjährige Landesvorsitzende Henftling trat zum 1. November von seinem Amt zurück, bzw. wurde, so die Parteizentrale in München, abgesetzt. Die Hintergründe sind unklar. An politischen Differenzen betreffend der kommenden Landtagswahl kann es nicht liegen: noch in der ersten Oktoberhälfte hatte Henftling über ein gemeinsames Antreten gegenüber der Presse erklärt: „So eine Absprache halte ich für sinnvoll. Getrennt marschieren, vereint schlagen.“ Aus Solidarität mit Henftling sollen weitere DVU-Funktionäre aus Bad Segeberg und Ostholstein ihren Parteiaustritt erklärt haben.

Was im Flächenland Schleswig-Holstein misslang, gelang allerdings im Stadtstaat Bremen. In der dortigen Bürgerschaft ist die DVU aufgrund einer Sonderregelung durch eine stabile Parteibasis in Bremerhaven seit 1987 mit nur einer Legislaturperiode Unterbrechung vertreten. Diese Sonderregelung garantiert einer Partei, die in Bremerhaven mindestens 5 % der Stimmen erhält, eine Vertretung in der Bremer Bürgerschaft. Die auch hier auftretenden parteiinternen Querelen wurden brachial beendet. Bei der Landtagswahl 2003 erhielt die DVU in Bremerhaven 7,3 % der Stimmen. Auch in Brandenburg ist die Partei bei der diesjährigen Landtagswahl erneut mit 6,1 % in den Landtag eingezogen und hatte damit ihr Ergebnis gegenüber der Wahl im Jahr 1999 prozentual sogar erhöht.

Der erneute „Schulterchluss“ zwischen NPD und DVU sollte nicht als bloße Schwäche der DVU verstanden werden.

Im Süden noch stark, im Norden bedeutungslos

Während die Anfang der 80er Jahre gegründete extrem rechte Partei „Die Republikaner“ (REP) im Jahr 2001 in Baden-Württemberg mit ihrem Versuch, zum dritten Mal hintereinander in den Landtag einzuziehen, gescheitert ist, aber sowohl in Baden-Württemberg als auch in Bayern noch über ein flächdeckendes Organisationsnetz mit zahlreichen kommunalen Mandatsträgern verfügt, ist die Partei in Schleswig-Holstein weitgehend handlungsunfähig. Hatte es Anfang der 90er Jahre einige aktive Kreisverbände (z.B. Lübeck, Kiel) und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit sowie einen parteiinternen Rundbrief gegeben, so verließen zahlreiche aktive Anhänger bis Mitte der 90er Jahre die Partei, weil sie mit der von der Parteispitze geforderten Abgrenzung zu faschistischen Parteien wie DVU und NPD nicht einverstanden waren. Bereits zu den Landtagswahlen im Jahr 1996 waren die REP nicht angetreten.

Mit Blick auf die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Frühjahr 2000 hatte es bereits im Frühjahr 1999 Gespräche zwischen Gerhard Tempel, dem Bundesgeschäftsführer der REP, dem NPD-Landesvorsitzenden in Schleswig-Holstein Ingo Stawitz und Klaus Sojka gegeben, der seit Anfang 1999 auch im Bundesvorstand der DVU saß. Zeitweise wurde die Überlegung verfolgt, DVU-Mitglieder

auf einer REP-Wahlliste zu platzieren. Aber den REP in Schleswig-Holstein gelang es trotz wiederholter Versuche nicht, die zur Aufstellung einer Landesliste notwendigen 50 Parteimitglieder zusammenzubringen. Daran konnte auch ein Brief der stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Uschi Winkelsett nichts ändern, in dem sie die „lieben Parteifreunde“ beschwor, man dürfe „in Schleswig-Holstein unsere Wähler nicht enttäuschen“. Bei der Europawahl 2004 erhielten die REP in Schleswig-Holstein 0,5 %, insgesamt weniger als 4000 Stimmen. Zur Landtagswahl 2005 kandidieren die schleswig-holsteinischen REP erneut nicht.

Allenfalls einzelne Funktionäre der REP Schleswig-Holstein spielten in den letzten Jahren auf Bundesebene noch eine gewisse Rolle, so etwa die Kielerin Ingeborg Akkermann, die auch im „Republikanischen Bund der Frauen“ mitwirkte. Nicht mehr im Bundesvorstand vertreten ist der mittlerweile in den Ruhestand getretene Kieler Arzt Jens-Gerd Steffen.

Die Partei ist in Schleswig-Holstein weitgehend handlungsunfähig.

Wer vom Kapitalismus nicht reden will, ...

Antifa ist out, sozialer Protest und globaler Widerstand ist in – auf diese kurze Formel scheint sich die gegenwärtige politische Praxis großer Teile der radikalen Linken bringen zu lassen. So befassen sich – um nur ein Beispiel zu geben – bei www.antifa.de meist mehr Beiträge mit Demonstrationen gegen Sozialabbau und Mobilisierungen gegen G8-, EU- oder NATO-Gipfel als mit dem Thema, das dieser Internetseite den Namen gegeben hat. Der Trend weg von den häufig frustrierenden Antifa-Aktionen, bei denen die Ver- oder Behinderung von Naziaufmärschen immer wieder an der Übermacht der Polizei scheitert, ist deutlich. Die Verlagerung auf Politikfelder, die mehr Dynamik, Spannung und politische Chancen versprechen, ist die logische Konsequenz.

Von der Perspektive der antifaschistischen Bewegung aus gesehen erscheint diese Entwicklung bedenklich. Die personellen Ressourcen werden knapper, Mobilisierungen auch gegen große Naziaufmärsche sind keine Selbstläufer mehr und die Forderung nach „neuen Konzepten“ für die Antifa-Arbeit ist immer öfter zu hören, ohne dass gleichzeitig weiterführende Thesen präsentiert würden.

Diese Schwierigkeiten sollten allerdings nicht nur den (wenigen) organisierten Gruppen angelastet werden, die wie z.B. die *Antifaschistische Linke Berlin* oder *AVANTI – Projekt undogmatische Linke* seit einiger Zeit deutlich mehr Energie in soziale Auseinandersetzungen investieren, zumal diese Gruppen ihre antifaschistische Praxis ja keineswegs aufgegeben haben. Was bei organisierten Gruppen ei-

ne mehr oder minder bewusste, in jedem Fall diskutierbare und kritisierbare Entscheidung ist, findet im Bereich der nicht oder in kurzlebigeren Gruppen organisierten Linken ebenso statt, soweit sich Gruppen nicht gänzlich auflösen und AktivistInnen sich ins Private zurückziehen.

Wenn wir nicht uns nicht nur im Auf und Ab der Bewegungskonjunkturen treiben lassen wollen, sollte daher das Verhältnis von sozialer und antifaschistischer Bewegung zum Gegenstand grundsätzlicher Betrachtungen gemacht werden.

In der antifaschistischen Bewegung der alten BRD vor 1989 waren eher traditions-kommunistische Vorstellungen vom Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus – und damit auch von der Funktion des Antifaschismus – vorherrschend. Faschismus wurde als eine Herrschaftsform des Kapitals begriffen, deren hauptsächliche Funktion in der Unterdrückung der ArbeiterInnenbewegung und der Vorbereitung bzw. Durchführung eines imperialistischen Eroberungskrieges lag. Die faschistische Ideologie, insbesondere Rassismus und Antisemitismus, waren demnach von der herrschenden Klasse mehr oder minder bewusst eingesetzte Manipulationsinstrumente, um Sündenböcke für die sozialen Missstände der kapitalistischen Gesellschaft verantwortlich zu machen.

Entsprechend wurde auch die Funktion der Neonazi-Gruppen gesehen. Sie sollten die Linke bekämpfen und beschäftigen, soziale Unzufriedenheit in für das Kapital ungefährliche Bahnen lenken und als Reservearmee für eine mögliche erneute diktatorische Form der Kapitalherrschaft dienen.

Daher wurde ein großes Gewicht auf die Aufklärung über die „wirklichen Zusammenhänge“ gelegt, mithin also auf eine Propaganda, in der die soziale Frage und die Kritik des Kapitalismus einen wichti-

gen Raum einnahm. Bei Mobilisierungen gegen faschistische Veranstaltungen und Parteitage (Aufmärsche waren damals noch die absolute Ausnahme) wurde meist großes Gewicht auf die Beteiligung von Gewerkschaften gelegt, die sich auch tatsächlich wesentlich leichter als heute zu antifaschistischen Aktionen bewegen ließen.

Antifa wurde in diesem Verständnis in enger Beziehung zur ArbeiterInnenbewegung insgesamt gesehen, sowie als ein typisches Feld von Bündnisarbeit, weniger als eine eigenständige Bewegung, die sich durch besondere Radikalität auszeichnen sollte.

Nach dem Zusammenbruch und Anschluss der DDR änderten sich die Bedingungen für antifaschistische Arbeit dramatisch. Militante Neonazis hatten massiven Zulauf, und Anfang der 90er Jahre begann eine Welle rassistischer Gewalt, die in den Pogromen von Rostock und Hoyerswerda sowie in den Mordanschlägen von Mölln und Solingen ihren deutlichsten Ausdruck fand. Diese rassistische Gewalt wurde im Rahmen der „Asyldebatte“ von großen Teilen der Medien und der Politik angeheizt und gleichzeitig zur Rechtfertigung und zum Vorwand genommen, die repressive Abschottungs- und Abschiebepolitik gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen zu etablieren, wie wir sie heute kennen.

Die Bedeutung antifaschistischer Gegenwehr nahm also zu und Antifa wurde zum wichtigsten Politikfeld für die radikale und autonome Linke. In diesem Bereich gab es trotz der allgemeinen Schwäche der Linke noch eine gute Mobilisierungsfähigkeit und es ließen sich häufig auch praktische Erfolge erzielen. Gleichzeitig gerieten jedoch soziale Utopien und antikapitalistische Perspektiven angesichts des Scheiterns des Real Existierenden Sozialismus in eine schwere Krise. Die Folge davon war, dass sich die autonom geprägte Linke fast ausschließlich auf Antifa konzentrierte, während es aber immer schwieriger wurde, hierbei auf breite Bündnisse zu bauen und sich z.B. die Gewerkschaften vielfach aus Gegenmobilisierungen verabschiedet haben.

Ein Ausdruck dieser Entwicklung war die Parole „Antifa ist der Kampf ums Ganze“ und das Konzept des „revolutionären Antifaschismus“. Hier wurde eine Theorie gebastelt, die die bestehenden Defizite, insbesondere den Rückzug aus vielen anderen Bereichen gesellschaftlicher Auseinandersetzung, zur Tugend erklärte. Die soziale Frage erscheint jetzt als ein Anhängsel des Antifaschismus, nicht mehr umgekehrt. Dadurch wurden der antifaschistischen Bewegung Aufgaben und Funktionen zugeschrieben, die diese objektiv nicht erfüllen konnte. Denn der antifaschistische Kampf ist und bleibt ein notwendiger Abwehrkampf, in dem Bündnisfähigkeit eine besondere Bedeutung hat. Die Entwicklung einer revolutionären Gegenmacht benötigt aber soziale Utopien, die nicht nur die Auswüchse, sondern die Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung – wie z.B. kapitalistische Lohnarbeit oder das patriarchale Geschlechterverhältnis – in Frage stellen und überwinden können.

Die Überwindung des stellenweise sehr holzschnittartigen Verständnisses der Zusammenhänge von Kapitalismus, Faschismus, Rassismus und Antisemitismus gehört zu den wichtigen Lernprozessen, die zwar nicht alle, aber doch große Teile der radikalen Linken in den 90er Jahren durchgemacht ha-

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein und Hamburg.

Preis: Einzelausgabe 3 Euro
4 Ausgaben im Abo für 13 Euro
8 Ausgaben im Abo für 26 Euro
Lieferung nur gegen Vorkasse möglich!

Rat - reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp.46
20357 Hamburg

Bankverbindung: A.Hoffmann
Konto-Nr. 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

enough@nadir.org-www.enough.nadir.org



ARBEITSLOSIGKEIT, AGENDA 2010,...: NAZI-PROPAGANDISTEN THEMATISIEREN DIE SOZIALE FRAGE (BEISPIELE VOM MAI 2004).

Die Nazis werden in den nächsten Jahren noch stärker versuchen, sich als „soziale“ und „antikapitalistische“ Kraft zu präsentieren

ben. Die relative Eigenständigkeit von rassistischen und antisemitischen Vorstellungen, die nicht einfach nur durch Manipulation von oben in die Köpfe gebracht, sondern z.B. auch in Familie und Erziehung weitergegeben und reproduziert werden, wurde nun stärker wahrgenommen. Damit musste auch die These über Bord geworfen werden, dass die Menschen, die das faschistische Wahl- bzw. Mobilisierungspotenzial bilden, „eigentlich zu uns“ gehören, und selbst nur Opfer der Verführung und Manipulation durch die rechte Propaganda seien. Die soziale Lage wurde nicht mehr als Entschuldigung oder Erklärung für rassistische oder antisemitische Einstellungen akzeptiert.

In der richtigen Erkenntnis, dass Opfer gleichzeitig Täter sein können und dass Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse sich häufig in Personen oder Gruppen überschneiden, liegt aber gleichzeitig die Gefahr den Antifaschismus bzw. Antirassismus komplett von der sozialen Frage zu lösen. Daraus resultieren dann schnell elitärer Dünkel, eine Geringschätzung von „Normalos“ und „Bürgermob“ und eine immer stärkere Abschottung der linksradikalen Szene von der übrigen Gesellschaft.

Wohin die Isolierung des Antifaschismus von den sozialen Kämpfen führen kann, zeigt sich in seiner Extremform bei jenen „Antideutschen“, die die gegenwärtigen sozialen Proteste gegen Hartz IV pauschal als völkisch und antisemitisch denunzieren und das Auftreten von Neonazis bei Montagsdemos nicht etwa als Anlass zum beherzten antifaschistischen Einschreiten begreifen, sondern nur noch als Bestätigung für ihre krude Verschwörungstheorie.

Die stärkere Orientierung vieler radikaler Linker auf sozialen Widerstand erscheint in dieser Betrachtung eher als eine Korrektur der einseitigen Überbetonung und Isolierung der antifaschistischen Arbeit in den 90er Jahren. So sind z.B. die Montagsdemonstrationen und die Versuche der Neonazis, sich an einigen Orten mit ihren Parolen und Trans-

parenten an den Demos zu beteiligen, ein deutlicher Beleg dafür, wie wichtig eine personelle, organisatorische und ideologische Verbindung von aktiven AntifaschistInnen mit der sozialen Protestbewegung ist. Die Demoverantwortlichen brauchen die Antifas, um die Nazis sicher zu erkennen. Die AntifaschistInnen sollten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Demoleitung anstreben, damit die Entfernung der Nazis mit der Rückendeckung der Demonstration erfolgen kann. Dieses Vorgehen ist allerdings an den Orten unmöglich, wo den OrganisatorInnen der Sozialproteste das Problembewusstsein völlig fehlt oder gar offene Kumpanei mit Kräften der extremen Rechten betrieben wird. In diesen Fällen sind scharfe, auch öffentliche Kritik an den Demoleitungen und eigenverantwortliches Handeln gegen Nazis in den Demos richtig und unvermeidlich. Auch diese antifaschistischen Interventionen werden aber umso erfolgreicher sein, je eher die Antifa glaubwürdig als Teil der Bewegung gegen Hartz IV auftreten kann und aus dieser Position heraus ihre berechtigten Forderungen aufstellt und ihre Aktionen erklärt.

Es ist zu erwarten, dass die sozialen Auseinandersetzungen in den nächsten Jahren an Schärfe zunehmen werden. Hartz IV ist noch lange nicht das Ende des Sozialabbaus. Weiterhin ist davon ausgehen, dass die Nazis in den nächsten Jahren noch stärker versuchen werden, sich als „soziale“ und „antikapitalistische“ Kraft zu präsentieren. Eine Zusammenarbeit von antifaschistischen Initiativen und Sozialbündnissen wird also wichtiger denn je sein. Umso besser, wenn es organisierte Gruppen gibt, die sowohl in der sozialen als auch in der antifaschistischen Bewegung aktiv und verankert sind.

Antifa-Kampagne zur Landtagswahl

Die Ausgangssituation für die NPD im Wahlkampf für die Landtagswahlen im Februar 2005 ist besorgniserregend gut: Zum einen wird die Motivation der Neofaschisten nach den Wahlerfolgen im Saarland und in Sachsen so hoch sein wie lange nicht mehr. Die materielle Ausgangslage ist gut, durch Wahlkampf-kostenrückerstattung ist die Kasse prall gefüllt, und es ist zu erwarten, dass der schleswig-holsteinische Landesverband erhebliche materielle und personelle Unterstützung aus anderen Bundesländern erhalten wird.

Gleichzeitig hat es die NPD gerade rechtzeitig vor der Wahl geschafft, ihren Landesverband wieder aufzubauen und neu zu strukturieren, so dass jetzt beide „Flügel“ vertreten sind – NPD-Traditionalisten wie der Landesvorsitzende Ingo Stawitz und „revolutionäre“ Neonazis wie der Kieler Peter von der Born.

Zudem kann es sich die NPD nach dem gescheiterten Verbotsverfahren – in Schleswig-Holstein wie auch überall sonst – erlauben, so offensiv aufzutreten wie noch nie. Dabei vollzieht sie den offenen Schulterschluss mit Kräften aus der militanten Kameradschaftsszene, der sogar zum NPD-Eintritt von Thorsten Heise, Thomas „Steiner“ Wulff und Tegethoff, drei führenden Köpfen der „Freien Kameradschaften“, geführt hat.

Zusätzlichen Auftrieb haben die Nationalsozialisten durch ihre Teilnahme an Protesten gegen den Sozialabbau, insbesondere gegen die „Hartz IV“-Gesetze gewonnen: Ihre soziale Demagogie, die Schwerpunkt ihres Wahlkampfes in den letzten Land-

tagswahlen war und sicher auch in Schleswig-Holstein sein wird, kommt bei einem Teil der Menschen an.

Auch wenn die Nazis in Schleswig-Holstein noch keine so breite Basis haben wie etwa in manchen Regionen in Sachsen, und auch wenn sie in schleswig-holsteinischen Städten nicht als „gleichberechtigte Partner“ an den sog. Montagsdemonstrationen teilnehmen konnten – antifaschistische Kräfte müssen sich auf harte Auseinandersetzungen und einen anstrengenden Wahlkampf einrichten.



Unsere Antwort auf den NPD-Wahlkampf kann nicht, wie etwa im Sommer 2001, ausschließlich die militante Gegenwehr auf der Straße sein. Darin können wir zwar punktuell aus einer

Position der Stärke agieren und auch Erfolge erzie-

len, wie etwa die durch organisierte Antifas und AnwohnerInnen durchgesetzte Vertreibung des NPD-Wahlstands zur Europawahl in Gaarden. Solche Erfolge sind nur unter bestimmten Bedingungen wiederholbar, und solche Bedingungen werden angesichts der geschilderten Umstände selten vorherrschen. Außerdem reicht beim derzeitigen Stand der Nazi-Bewegung die ausschließliche Verhinderung ihres offenen Auftretens auf der Straße nicht mehr aus – die Nazis haben es geschafft, an vorhandene rechte Denkmuster anzuknüpfen und so sich und ihre Politik in Teilen der Gesellschaft zu enttabuisieren und in manchen Regionen – siehe Sachsen – sogar teilweise zu verankern.

Wichtigster Bestandteil antifaschistischer Gegenwehr wird daher sein müssen, die Menschen zu erreichen, auf die Propaganda der Nazis abzielt. Wir müssen die soziale Frage von links beantworten und im Zuge dessen die soziale Demagogie der Nationalsozialisten aufdecken und sie als das darstellen, was sie ist: ein Programm, das sich auf Rassismus, Antisemitismus, Demokratiefeindlichkeit und Nationalismus stützt und das statt zu besseren sozialen Umständen zu Mord und Terror führt.

Wir müssen dahin, wo es weh tut, und vor allem dort präsent sein, wo die Nazis in der Vergangenheit Wahlerfolge erzielen konnten. Wir müssen, z.B. durch gezielte Flugblattaktionen, durch Veranstaltungen an Schulen usw., die Menschen ansprechen, die die Nazis mit ihrer sozialen Demagogie erreichen wollen.

Dies lässt sich natürlich nur im Rahmen einer landesweiten Kampagne und im Zusammengehen aller antifaschistischen Kräfte erreichen. Wir rufen daher alle organisierten AntifaschistInnen auf, mit uns Kontakt aufzunehmen, damit wir den Nazis gemeinsam die soziale Basis nehmen können.



Avanti – Projekt undogmatische Linke versteht sich als organisierter Teil der radikalen Linken. Wir gehen davon aus, dass es für eine grundlegende Veränderung dieser Gesellschaft Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Perspektiven gibt. Wir treten ein für eine sozial gerechte, von Sexismus und Rassismus befreite Gesellschaft. Dafür ist es notwendig, patriarchale Herrschaftsstrukturen und die kapitalistische Produktionsweise mit all ihren Formen der Ausbeutung, Entfremdung und Spaltung abzuschaffen.

Weitere Informationen unter:
www.avanti-projekt.de
Kontakte: info@avanti-projekt.de

Flensburg
Angelburger Str. 51 135, 24937 Flensburg,
flensburg@avanti-projekt.de

Hamburg
c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46,
20357 Hamburg, hamburg@avanti-projekt.de

Kiel
c/o Initiativenzentrum, Schwefelstraße 6, 24118
Kiel, kiel@avanti-projekt.de

Lübeck
c/o ALZ, Schwartauer Allee 39/41, 23554 Lübeck,
luebeck@avanti-projekt.de

Norderstedt
c/o SZ, Ulzburger Straße 6, 22850 Norderstedt,
norderstedt@avanti-projekt.de

„Unsere Überzeugung war und ist, dass diese Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen.“
Aus dem Avanti-Grundsatzpapier, 16. Mai 2004